

„Dieser Kulturkampf muss geführt werden“

Interview von Carsten Korfmacher (Cicero) mit Frank Schäffler

<https://www.cicero.de/wirtschaft/interview-mit-frank-schaffler-dieser-kulturkampf-muss-gefuehrt-werden>

Mehr Staat, mehr Schulden, weniger Freiheit: Im Interview erklärt FDP-Politiker Frank Schäffler, warum die Boomer das Land gegen die Wand gefahren haben, der Sozialstaat ein Auslaufmodell ist und die letzte Hoffnung der Liberalen im Kulturkampf liegt.

Frank Schäffler (*1968 in Schwäbisch Gmünd) ist FDP-Politiker und war von 2005 bis 2013 sowie von 2017 bis 2025 Mitglied des Deutschen Bundestages. 2014 gründete Schäffler in Berlin das „Prometheus-Institut“, eine liberale Denkfabrik, die sich für eine offene Gesellschaft und für die Freiheit und Selbstbestimmung des Individuums einsetzt.

Sie haben gerade ein Buch vorgelegt, in dem Sie mit der Boomer-Generation abrechnen. Wie lautet die Grundthese des Buches?

Die Grundthese ist relativ einfach: Salopp gesagt hat die Boomer-Generation das Land gegen die Wand gefahren und lässt die nachfolgenden Generationen nun mit den zentralen Problemen allein. Das betrifft zum einen die impliziten Schulden, also die rechtlichen Ansprüche, die sich aus den sozialen Sicherungssystemen wie der Rente ergeben. Und zum anderen betrifft es die expliziten Staatsschulden, die wir jetzt durch die Aufweichung der Schuldenbremse noch einmal massiv ausgeweitet haben. Wenn wir an diesen Strukturen nichts ändern, dann wird die „Generation Debts“, wie ich sie nenne, die gesamte Last tragen müssen – und zwar ohne an der Entscheidung beteiligt zu sein und ohne in gleichem Maße von diesen Systemen zu profitieren. Das ist im Kern eine massive Verschiebung von Verantwortung in die Zukunft.

Was ist das größere Problem: Sozialstaat oder Schuldenberg?

Wenn man nur auf die Bundesrepublik blickt, dann ist die Rentenproblematik die größere Herausforderung. Denn sie ist strukturell angelegt und durch die demografische Entwicklung praktisch vorprogrammiert. Global betrachtet leben wir allerdings in einer Schuldenwirtschaft, die viel tiefer geht. Sie hängt mit unserem Geldsystem zusammen, das es ermöglicht, Geld aus dem Nichts zu erzeugen. Dadurch entstehen immer neue Schulden, die sich selbst verstärken. Das macht die Lage so schwierig, weil wir es nicht mit einem isolierten Problem zu tun haben, sondern mit einem System, das sich selbst stabilisiert – bis es irgendwann kippt.

Seit vielen Jahrzehnten ist bekannt, dass die Rentenversicherung nicht nur wegen der Babyboomer, sondern wegen des demografischen Wandels insgesamt, auf massive Konflikte zusteuert. Warum wird dieses Problem einfach nicht gelöst?

Weil es politisch bequem ist, es zu ignorieren. Und weil Wähler dieses Vermeidungsverhalten lange belohnt haben. Schon in den 1980er Jahren war klar, dass das Umlagesystem langfristig nicht funktionieren kann. Ich erinnere mich noch sehr gut an die Zeit, als Norbert Blüm seine berühmten Plakate aufhängte. „Die Rente ist sicher.“ Schon damals wussten viele, dass das nicht stimmt. Aber die großen Parteien haben immer wieder den Eindruck erweckt, man könne das System mit kleinen Stellschrauben stabilisieren. Sie haben an der Rentenformel herumgedreht, aber die strukturellen Probleme nie angegangen. Das hat zu einer Art kollektiver Selbsttäuschung geführt.

Sind die sozialen Sicherungssysteme noch reformierbar?

Ja, aber nur mit einem klaren Schnitt und einem langen Atem. Die Schweden haben uns vorgemacht, wie das geht. Sie haben nach einer schweren Krise ihr System umgestellt und Teile der Beiträge kapitalgedeckt angelegt. Dadurch entsteht ein Kapitalstock, der nicht nur die staatlichen Zuschüsse reduziert, sondern auch den einzelnen Bürgern zugutekommt. Die Renten sind dort deutlich höher als bei uns. Das zeigt: Es ist machbar. Aber man muss bereit sein, das System grundsätzlich zu verändern und nicht nur kosmetisch zu korrigieren.

Was bedeutet das konkret für den Einzelnen?

Es bedeutet, dass er sich nicht mehr auf dieses System verlassen kann. Ein durchschnittlicher Arbeitnehmer wird, wenn er sich ausschließlich auf die gesetzliche Rente verlässt, im Alter kaum mehr als das Sozialhilfeniveau erreichen. Wenn derselbe Mensch aber über Jahrzehnte hinweg konsequent Kapital aufbaut, zum Beispiel über Aktien, dann ergibt sich ein völlig anderes Bild. Ich habe das in meinem Buch einmal durchgerechnet. Dann sprechen wir über jemanden, der zum Renteneintritt kaufkraftbereinigt Millionär ist und nicht von 1.000 Euro Rente leben muss, sondern sich an Kapitalerträgen in Höhe von 8.000 Euro im Monat erfreut. Das ist für mich der Kern der Freiheit: den Menschen überhaupt die Möglichkeit zu geben, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen.

Nun kommt ein zweites Problem hinzu: die deutschen Staatsschulden. Welche Folgen hat es, wenn sich die Bundesrepublik immer weiter verschuldet?

Wir werden in den kommenden Jahren eine massive Zinsbelastung im Bundeshaushalt sehen, in Größenordnungen von 70 Milliarden Euro. Christian Lindner hat als Finanzminister übrigens noch weniger als 4 Milliarden Euro bezahlt. Dieses Geld fehlt für Investitionen. Das ist das erste Problem. Das zweite Problem ist ein systemisches. Denn wenn die Schulden steigen, dann erhöht sich auch der Druck auf andere Länder in der Eurozone. Hochverschuldete Staaten wie Italien oder Frankreich geraten schnell an ihre Grenzen, wenn die EZB die Zinsen erhöhen muss, um die Inflation in den Griff zu kriegen. Da gibt es wenig Spielraum und die Zentralbank ist geneigt, die Inflation laufen zu lassen, was sich natürlich negativ auf das Gesparte der Bürger auswirkt. Das Grundproblem liegt deshalb in unserem Geldsystem.

Wie meinen Sie das?

Wir haben ein System, in dem Geld beliebig ausgeweitet werden kann. Der Staat ist einer der ersten Profiteure dieses neuen Geldes. Die negativen Effekte wie die Inflation kommen erst später bei den Bürgern an. Das führt dazu, dass der Staat immer weiter expandiert, weil die Kosten seiner Politik nicht sofort sichtbar sind. Diese Dynamik erzeugt eine Interventionsspirale: Mehr Schulden führen zu mehr Eingriffen, diese wiederum zu neuen Problemen – und damit zu noch mehr Schulden.

Nun haben wir in den vergangenen Jahren eine Krise nach der anderen erlebt, die teilweise auch mit explodierenden Ausgaben zum Beispiel für die Verteidigung einhergehen. Sind Staatsschulden in einer solchen Lage nicht legitim?

Doch, aber nur unter einer Bedingung: Ehrlichkeit. Wenn eine Krise wirklich existenziell ist, dann muss die Politik den Menschen sagen: Das kostet uns etwas. Dann muss man entweder sparen oder Steuern erhöhen. Was wir stattdessen erleben, ist eine Politik, die Schulden macht und gleichzeitig so tut, als könne alles weiterlaufen wie bisher. Das ist eine Form der Täuschung – und langfristig sehr gefährlich.

Deutschland teilt sich einen Währungsraum mit vielen anderen Nationen, die teilweise viel höher verschuldet sind als wir. Ist es spieltheoretisch nicht irrational, wenig Schulden zu machen, wenn andere so viele Schulden machen?

Es ist schwierig, aber notwendig. Die Alternative kann nicht sein, dass wir die Fehler anderer kopieren. Wir müssen für eine regelbasierte Geldpolitik kämpfen und darauf drängen, dass die bestehenden Regeln eingehalten werden. Es gibt durchaus Länder in Europa, die ähnlich denken, wie Polen, die baltischen Länder oder die Niederlande. Wenn wir diesen Weg aufgeben, gefährden wir nicht nur unsere eigene Stabilität, sondern auch das europäische Projekt insgesamt.

Sehen Sie den Euro in Gefahr?

Der Euro steht sicherlich unter Druck, aber das Problem ist global. Auch die USA verfolgen eine expansive Schuldenpolitik. Entscheidend ist deshalb die relative Stabilität. Eine stabile Währung ist die Grundlage für wirtschaftliche Planung und langfristigen Wohlstand. Wenn man sich Länder wie Argentinien anschaut, sieht man sehr deutlich, wohin eine dauerhaft unsolide Politik führt.

Sie stellen dem ein Freiheitsmodell entgegen. Was sieht das konkret aus?

Freiheit bedeutet für mich, dass Menschen die Möglichkeit haben, ihre eigenen Lebensentwürfe zu verfolgen. Das setzt voraus, dass der Staat ihnen nicht ständig vorschreibt, was sie zu tun haben. In Deutschland ist das Gegenteil der Fall: Der Staat greift in immer mehr Bereiche ein – von der Energiepolitik bis zur Arbeitswelt. Das führt dazu, dass individuelle Initiative und unternehmerisches Handeln gehemmt werden.

Mal ganz allgemein gefragt: Ist der Staat an sich ein Problem oder ist das Problem vielmehr, dass der Staat in seinem Handeln zu weit geht? Es gibt zum Beispiel das Konzept der Freien Privatstädte, die versuchen, sich vollkommen ohne staatliche Strukturen privatwirtschaftlich zu organisieren.

Ich halte diese Konzepte für intellektuell spannend, allerdings glaube ich nicht, dass sie funktionieren. Es gibt hoheitliche Aufgaben, die nur von einem Staat übernommen werden können. Dazu gehören zum Beispiel die innere und äußere Sicherheit, das Recht und auch eine grundlegende soziale Absicherung. Doch darüber hinaus gibt es nicht viel mehr, was eindeutig durch den Staat organisiert werden muss. Und diese Grenze haben wir längst überschritten. Heute wird nicht mehr nur abgesichert, sondern umfassend gesteuert und umverteilt. Das Problem ist, dass diese Ausweitung nicht mehr den Bedürftigen zugutekommt, sondern der breiten Mitte – und damit die eigentliche Funktion des Sozialstaats verwässert.

Sie haben gerade die breite Mitte angesprochen. Kann eine Gesellschaft auch dadurch unfrei werden, dass ein Großteil ihrer Mitglieder staatliche Zuwendungen erhält? Und welche Rolle würden Sie unter diesem Gesichtspunkt den Kapitalmärkten zuschreiben?

Wenn große Teile der Gesellschaft staatliche Zuwendungen erhalten, entstehen Abhängigkeiten, die unfrei machen. Deswegen glaube ich, dass Kapitalbildung die zentrale Voraussetzung nicht nur für Wohlstand, sondern auch für Freiheit ist. Deutschland hat hier ein strukturelles Defizit, weil unser Rentensystem keine Kapitalbildung vorsieht. Länder wie Schweden haben deshalb deutlich stärkere Kapitalmärkte und bessere Finanzierungsmöglichkeiten für Unternehmen. Das wirkt sich langfristig auf die gesamte wirtschaftliche Leistungsfähigkeit aus – und auf die Freiheit des Individuums.

Welche Rolle könnte Bitcoin in einer freien Gesellschaft spielen?

Bitcoin ist in vielerlei Hinsicht ein Gegenmodell zum bestehenden Geldsystem. Für Menschen in instabilen Staaten ist er oft die einzige Möglichkeit, Vermögen zu sichern. Aber auch für uns ist er

interessant – als langfristiger Wertspeicher und als Ergänzung zu klassischen Anlagen. Ich sehe Bitcoin als Teil eines Wettbewerbs der Geldsysteme – und dieser Wettbewerb ist aus meiner Sicht notwendig. Gerade junge Menschen sollten ihr Geld früh und konsequent in produktive Anlagen investieren, vor allem in Aktien oder Bitcoin. Wer das durchhält, wird unabhängig vom staatlichen System. Und das ist in einer Welt zunehmender Unsicherheit ein entscheidender Vorteil.

Sie sagen, dass sich die Liberalen in den anhaltenden Kulturkampf einmischen müssen. Was genau meinen Sie damit?

Mit „Kulturkampf“ meine ich den Kampf um Begriffe und Deutungen. Konzepte wie „Solidarität“ oder „soziale Gerechtigkeit“ sind von den Linken im orwellischen Sinne umgedeutet worden und werden heute oft gegen die Freiheit ausgespielt. Denn wenn Freiheit als egoistisch oder unsolidarisch dargestellt wird, verliert sie ihre gesellschaftliche Akzeptanz. Das ist aus meiner Sicht eine politische Instrumentalisierung, die wir nicht einfach hinnehmen dürfen. Sprache prägt Politik. Deswegen ist meine klare Haltung: Dieser Kulturkampf muss geführt werden. Das haben Rechte und Linke bereits erfolgreich gemacht, und nun müssen auch wir Liberale diesen Kampf annehmen.

Haben Liberale diesen Kampf bisher verschlafen? Hat die FDP ihn verschlafen?

Ja, zumindest in den letzten Jahren. Die FDP hat sich zu oft an den linken Mainstream angepasst und ihre eigenen Positionen verwässert. Dadurch ist ihre Erkennbarkeit verloren gegangen. Das muss sich ändern, wenn sie wieder glaubwürdig werden will. Deswegen muss auch die FDP diesen Kulturkampf aktiv führen und zeigen, dass Freiheit und Verantwortung zusammengehören.

Glauben Sie wirklich daran, dass in Deutschland ein neues Zeitalter des Liberalismus anbrechen kann?

Ja, das glaube ich. Dafür braucht es ein starkes liberales Vorfeld, in den Medien, in der Wissenschaft, in der Wirtschaft. Denn Veränderung beginnt nicht im Parlament, sondern in der Gesellschaft. Erst wenn sich dort etwas bewegt, kann Politik folgen. Eine solche Entwicklung braucht Zeit, vielleicht sogar Jahrzehnte. Das hat man in Argentinien sehr gut gesehen. Am Anfang gab es nur sehr wenige Libertäre dort, dann ist die Bewegung langsam gewachsen. Und heute füllt Javier Milei ganze Fußballstadien und begeistert die Leute. Für Deutschland wünsche ich mir das auch.